

# STUDENTS FOR FUTURE HANNOVER IN ZEITEN VON CORONA. ANALYSE & PERSPEKTIVEN.

---

MAI 2020

Seit Beginn der Corona Krise hat sich für die Klimagerechtigkeitsbewegung wie für alle politischen Gruppen und Organisationen, die für eine bessere und lebenswerte Welt kämpfen, viel verändert. Die Krise als solche sowie ihre Begleiterscheinungen und Folgen stellen uns als Students for Future Hannover vor nie da gewesene Herausforderungen, der sich mit uns tausende Aktivistinnen und Aktivisten gegenüber sehen und die bei vielen von uns noch immer das Gefühl der Ratlosigkeit und Ohnmacht auslösen. Um diesem Gefühl entgegenzuwirken und Perspektiven zu entwickeln, haben wir uns als Gruppe intensiv mit den gerade bestehenden Verhältnissen auseinandergesetzt. Der folgende Text ist die verschriftlichte Form eines Inputs, der Anfang Mai im Plenum der Students for Future Hannover gehalten wurde und der nun Ausgangspunkt für interne Struktur- und Strategiedebatten geworden ist und unsere Praxis als umwelt- und sozialpolitische Gruppe prägen soll. Diesen Ausgangspunkt möchten wir gerne mit euch teilen.

Der Input enthält zunächst eine politische Einordnung der Krise, die sich auf die Entstehung und Ursachen, die Rolle des Staates und die Ungleichheit in den Auswirkungen von Corona bezieht. Anschließend wird auf die konkreten Auswirkungen der Krise auf die Umweltbewegung und – auch ausgehend von der nahenden Wirtschaftskrise – auf mögliche Perspektiven innerhalb und außerhalb der Bewegung eingegangen. Zusätzlich zu dem hier vorliegenden, etwa zehn-seitigen Papier gibt es eine gekürzte Fassung.

## **Inhalt**

Politische Einordnung der Corona-Krise.....	2
Corona trifft nicht alle Menschen gleich.....	3
Wie reagiert eigentlich der Staat auf die Corona-Krise?.....	4
Was hat das alles mit der Umweltbewegung zu tun? Die Frage der Finanzierung.....	5
Corona und wir.....	6
Was macht die Krise mit uns als Students for Future Hannover?.....	7
Perspektiven außerhalb der Umweltbewegung.....	8
Perspektiven in der Umweltbewegung.....	9

Veröffentlicht durch Beschluss des Plenums der Students for Future Gruppe Hannover am 26. Mai 2020.

## Politische Einordnung der Corona-Krise

Die Corona-Krise ist eine Krise, der sich momentan alle Menschen auf der Welt ausgesetzt sehen. Dabei ist sie kein »unglückliches Ereignis«, das losgelöst vom Handeln der Menschen betrachtet werden kann. Im Gegenteil: die Verbreitung des Virus sowie Entstehen und Ausmaß der Krise sind – wie bei bereits vergangenen Krisen – die Folge menschlichen Handelns und müssen der Verantwortlichkeit der herrschenden ökonomischen und politischen Strukturen zugeschrieben werden.

Einflussfaktoren sind hier u. a. gegenwärtige Formen der industriellen Landwirtschaft, der Tierhaltung und der Lebensmittelproduktion. Durch die Zerstörung von geschlossenen Ökosystemen, die Etablierung von Monokulturen und die Rodung von Wäldern können Erreger, die sich bisher auf die einzelnen Ökosysteme beschränkt haben, vermehrt auf Tiere in der industriellen Massentierhaltung und schließlich den Menschen überspringen.<sup>1</sup> Die großflächige Verwendung von Monokulturen und die Massentierhaltung bieten ideale Bedingungen für Viren, um sich auszubreiten.<sup>2</sup> Die WHO und die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO haben bereits vor einigen Jahren auf die zentrale Rolle der industriellen Tierhaltung aufmerksam gemacht.<sup>3</sup>

Dabei ist Corona kein »Einzelfall«. Dass Epidemien wie die Corona-Krise vor allem strukturelle Ursachen haben, zeigt das vermehrte Auftreten von Epidemien und Pandemien seit spätestens 1980.<sup>4</sup> Besonders die globalisierte Wirtschaft und Mobilität begünstigen heute die Ausbreitung von Viren. Das Ausmaß der Krise, die letztendlich durch die Ausbreitung der Viren entsteht, ist vor allem an entsprechende Bewältigungskapazitäten gebunden. Dazu gehören bspw. Kapazitäten in Krankenhäusern und in der Pflege, angemessene Personalschlüssel und das Vorhandensein von medizinischer (Schutz-)Ausrüstung und Medikamenten, aber auch der Zustand des Sozialstaats im Allgemeinen und die materiellen und finanziellen Verhältnisse, in denen die Menschen leben (müssen). In den meisten kapitalistischen Ländern, so auch in Deutschland, trifft die Krise auf eine Gesellschaft, die aufgrund ihres neoliberalen Wirtschaftssystems von Privatisierung, Pflegenotstand, dem Abbau oder Fehlen eines Sozialstaats und Sparpolitik geprägt ist. In ganz Europa gab es durch die Austeritätspolitik<sup>6</sup> (vor allem nach der Finanzkrise 2008) massive Einsparungen im Gesundheitssystem. In Italien ist die Anzahl der Krankenhäuser seit 2008 um 15% gesunken und auch in Deutschland hat sich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) noch kurz vor Beginn der Krise für eine Schließung von Krankenhäusern ausgesprochen.<sup>7</sup> Am härtesten traf es Griechenland. Dort wurden die staatlichen Mittel zwischen 2009 und 2016 von 16,2 Milliarden auf 8,6 Milliarden fast halbiert. »Mehr als 13.000 Ärzte und über 26.000 sonstige im Gesundheitswesen Angestellte wurden entlassen. 54 der 137 Krankenhäuser wurden geschlossen und das Budget der übriggebliebenen um 40% gesenkt. Insgesamt fielen zwischen 2011 und 2016 bei etwa elf Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern mehr als drei Millionen Menschen völlig aus dem Schutz einer Krankenversicherung. Das griechische Gesundheitsministerium erklärte die gesunkenen Kosten »als eine Folge von Effizienzsteigerungen im Finanzmanagement.«<sup>8</sup> Auch in Deutschland hat das Streben nach Profitmaximierung im Gesundheitswesen zu einem drastischen Abbau von Kapazitäten mit dem Ziel einer möglichst hohen Auslastung geführt. Die Folge: ein nationaler Pflegenotstand.<sup>9</sup> Als Reaktion auf diese Entwicklungen hat die WHO das Jahr 2020 bereits im Januar zum Jahr der Pflegekräfte und Hebammen erklärt.<sup>10</sup>

Die Art und Weise, wie wir wirtschaften, also unser an Profitmaximierung und Wettbewerb ausgerichtetes Wirtschaftssystem, ist maßgeblich mitbestimmend und Ursache der Krise, in der wir uns zur Zeit befinden. In dieser Hinsicht ist sie vergleichbar mit der Klimakrise, gegen die wir als Umweltaktivist\*innen seit mehr als einem Jahr kämpfen.

## **Corona trifft nicht alle Menschen gleich**

Reicheren Ländern im globalen Norden stehen deutlich mehr Mittel zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Länder im globalen Süden waren, vor allem als Folge der Kolonialisierung durch die »westlichen« Staaten, bereits vor der Krise von Armut, unzureichendem Gesundheitsschutz und prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen betroffen. Sie trifft die Krise besonders stark. Welche Rolle hier der globale Norden einnimmt, zeigt sich exemplarisch am Beispiel der Textilindustrie in Bangladesch. Ein Großteil westlicher Firmen lässt ihre Kleidungsstücke in Bangladesch produzieren. Im Zuge der Corona-Krise haben viele Firmen ihre Bestellungen storniert. 98% von ihnen haben sich geweigert, sich an Lohnfortzahlungen für die Beschäftigten zu beteiligen, sodass in den vergangenen Wochen tausende Arbeiterinnen auf die Straße gegangen sind, um ihre Gehälter einzufordern, ohne die sie ihre Familien nicht ernähren können. Nun fangen hunderttausende Beschäftigte wieder an zu arbeiten, um us-amerikanische und europäische Firmen mit Kleidungsstücken beliefern zu können – mit der Gefahr, ohne entsprechende Schutzmaßnahmen an Corona zu erkranken und zu sterben.<sup>11</sup>

Der globale Norden ist in der Krise besser gestellt – auf Kosten des globalen Südens, den die Krise besonders stark trifft. Auch hier ist die Corona-Krise mit der Klimakrise vergleichbar.

Aber nicht nur im globalem Maßstab sind die Auswirkungen von Corona verschieden. Auch innerhalb der Länder trifft die Krise die sozial Benachteiligten und Ärmsten am stärksten. Prekär Beschäftigte, Obdachlose, in Armut lebende und vom Gesundheitssystem ausgeschlossene Menschen, Inhaftierte, Behinderte, sexuelle und häusliche Gewalt erfahrende Frauen\* und Kinder und Geflüchtete sind besonders von den Folgen der Krise betroffen. Was die Krise besonders auch für Studierende bedeuten kann, wird später im Kontext des »Solidarsemesters« noch einmal herausgestellt.

Die Krise zeigt deutlich, dass die Gesellschaft, in der wir leben, nach wie vor eine Klassengesellschaft ist: Während die Ärmsten in ihrer Existenz bedroht sind, ist Amazon-Chef Jeff Bezos seit Silvester um mehr als 10 Milliarden Dollar reicher geworden.<sup>12</sup> Wer sich als Arbeiter\*in gegen ihn auflehnt, wird überwacht oder bekommt die Kündigung angedroht.<sup>13 14</sup> Während in den USA mehr als 22 Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist das Vermögen von Milliardären wie Bezos, Elon Musk und Erik Yuan seit Beginn des Jahres um mehrere Milliarden Euro gestiegen.<sup>15</sup> Zusätzlich wirft der Staat mit Steuergeldern in Form von kurzfristigen und an keinerlei Bedingungen geknüpften Finanzhilfen für Unternehmen um sich. Was kleinen Unternehmen helfen kann, sorgt dabei im besonderen Maße für weiteren Vermögensgewinn bei der Bevölkerungsschicht, die bereits am besten gestellt ist. Auf der einen Seite werden große Teile der Beschäftigten mit staatlicher Unterstützung in Kurzarbeit geschickt, gekündigt oder ganze Geschäftsbereiche vollkommen zerschlagen, während auf der anderen Seite riesige Summen in Form von Bonuszahlungen und Dividenden an Anteilseigner\*innen oder Manager\*innen ausgeschüttet werden.<sup>16 17</sup> Damit wird eine weitere Umverteilung von unten nach oben forciert. Spätestens als in Deutschland der Preis für Schutzkleidung im Zuge der Krise um das 19-fache gestiegen ist und US-Pharmakonzerne die Preise für bei Corona womöglich wirksame Medikamente verdoppelt haben ist deutlich geworden, dass sich die Verteilungsmechanismen des freien Marktes vornehmlich an Profitmaximierung statt an menschlichen Bedürfnissen orientieren und massive Ungleichheit produzieren.<sup>18</sup>

## Wie reagiert eigentlich der Staat auf die Corona-Krise?

Hauptakteur in der Krise ist der Staat, der nun demokratische Prinzipien gegen autoritäre Maßnahmen eingetauscht hat. Zunächst antwortet der Staat auf die Krise mit einer umfassenden Politik der Abschottung. Auf nationaler und europäischer Ebene werden Grenzen dicht gemacht. Die bereits vor der Krise menschenrechtsverletzende Situation der Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen, im Mittelmeer und in griechischen Lagern hat sich noch weiter verschlimmert und zeigt auf grausame Weise, dass nicht alle Menschen gleich von der Krise betroffen sind. Der Staat schottet sich nicht nur nach außen, sondern auch von innen ab: Kontaktsperre und Maßnahmen zum „Social distancing“ schränken uns in unseren Grundrechten ein. Die Polizei patrouilliert durch die Straßen und Parks, zeigt Präsenz, verbreitet Angst und setzt die staatlichen Maßnahmen notfalls mit Gewalt und hohen Bußgeldern durch. Besonders für Geflüchtete, Obdachlose und in Armut lebende Menschen kann diese zusätzliche finanzielle und psychische Belastung lebensgefährliche Folgen haben.

Die staatlichen Maßnahmen haben schwerwiegende Folgen für das öffentliche Leben und Formen der Meinungsfreiheit und des politischen Widerstands, was jeden wirksamen Protest gegen eben jene Missstände deutlich erschwert. Besonders die Einschränkungen des Rechts auf Versammlungsfreiheit, das die Grundlage unserer bisherigen politischen Praxis darstellt, stellen uns und viele andere politische Gruppen vor nie dagewesene Herausforderungen (Näheres hierzu s. S. 9).<sup>19</sup> Versuche, dieses Recht unter Einhaltung der geltenden Hygiene- und Schutzregelungen wahrzunehmen, wurden in vielen Städten in Deutschland, auch schon in Hannover, von der Polizei teilweise gewaltsam unterbunden.<sup>20 21</sup>

Ähnlich betroffen sind Arbeitnehmer\*innen, die Tarifverhandlungen und Streiks aufschieben müssen und sich gerade jetzt nur schwer gegen Bestimmungen der Arbeitgeberseite wehren können.

Zusätzlich zur staatlichen Abschottung, zu Kontaktsperre und der Einschränkung unserer Grundrechte hat der Staat in kürzester Zeit das Arbeitszeitgesetz gelockert. Er hat die tägliche Höchstarbeitszeit bis mindestens Ende Juli auf 12 Stunden angehoben; die vorgeschriebene Ruhezeit wurde um zwei auf neun Stunden gekürzt.<sup>22</sup> Zu den Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für die einen kommt materielle Prekarität für die anderen: das Geld, das Beschäftigte in Kurzarbeit erhalten, stellt für viele eine finanzielle Belastung dar. Der Kompromiss der Großen Koalition zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ist völlig unzureichend und ein Schlag ins Gesicht für viele Beschäftigte. Erst ab dem vierten Monat bekommen sie 70 bzw. 77% ihres Gehaltes und erst ab dem siebten Monat 80 bzw. 87%.<sup>23</sup>

Während die Herrschenden vorgeben, die Gesundheit der Menschen über alles zu stellen, vertreten sie nach wie vor wirtschaftliche Interessen und stellen die Frage nach der Finanzierbarkeit. Politiker\*innen wie Wolfgang Schäuble (CDU) oder Boris Palmer (Bündnis 90/ Die Grünen) geben nicht einmal mehr vor, die Interessen der Menschen über ökonomische Interessen stellen zu wollen.<sup>24 25</sup>

Während die Menschen nur noch die engsten Familienangehörigen und Freund\*innen auf Sicherheitsabstand sehen dürfen, müssen viele Beschäftigte weiter in überfüllten Betriebsstätten arbeiten und sich hohen Gesundheitsrisiken aussetzen – ohne dafür entschädigt zu werden. Währenddessen brüstet sich Deutschland als eine der »führenden Nationen« in Sachen Krisenmanagement. Deutschland sei in der Krise äußerst effizient gewesen und werde erhebliche wirtschaftliche Vorteile haben.<sup>26</sup>

Welche Position nehmen die Unternehmen in der Krise ein? Kleine Betriebe sind meist stärker von der Krise betroffen als Großunternehmen. Sie können sich nicht oder nur langsam auf die Krise ein-

stellen und verfügen über nur wenig Rücklagen. Während Gastronomiebetriebe und kulturelle Einrichtungen erst langsam wieder in Betrieb genommen werden, ist der Einzelhandel auf Drängen der deutschen Wirtschaft bereits seit längerem wieder geöffnet. Zuletzt haben die Deutschen Wirtschaftsverbände den Druck auf die Bundesregierung noch einmal erhöht und drängen angesichts des Konjunkturreinbruchs massiv darauf, weite Teile des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens wieder hochzufahren. Der Bundesverband mittelständischer Wirtschaft (BVMW) wirft der Bundesregierung eine »rein virologische Sichtweise« vor und fordert Merkel in einem Offenen Brief dazu auf, den Lockdown noch im Mai zu beenden.<sup>27</sup> Auch um den wirtschaftlichen Interessen entsprechen zu können, hat die Regierung zuletzt eine bundesweite Mundschutzpflicht eingeführt. Dabei weigert sich Deutschland von staatlicher Seite, vernünftige Schutzausrüstung inkl. Mundschutz (FFP2) zu produzieren und zur Verfügung zu stellen und setzt stattdessen auf private Unternehmen und selbstgenähte Stoffmasken, die aus gesundheitlicher Perspektive völlig unzureichend sind und die Ansteckungsgefahr sogar noch erhöhen können.<sup>28 29</sup>

Die Maßnahmen des Staats sind schwerwiegend; ihre Motive und Hintergründe sind scharf zu kritisieren. Das bedeutet aber nicht, dass sie pauschal abzulehnen sind. *Maßnahmen wie Kontaktsperre, Social Distancing und Lockdown ergeben aus virologischer Perspektive Sinn und können Leben retten.* Wir müssen uns solidarisch zeigen, die zur Zeit existierenden sinnvollen Regelungen einhalten und andere Maßnahmen (bspw. Mundschutzpflicht ohne angemessenen Mundschutz) kritisieren. Das müssen wir in deutlicher Abgrenzung zu der wachsenden Zahl an »Corona-Skeptikern« tun. Dabei müssen wir uns immer wieder bewusst werden, dass nicht wir an der Krise »Schuld« und für die gegenwärtigen Verhältnisse verantwortlich sind, sondern die Regierung und ihre neoliberale Politik des Sparens, Privatisierens und des sozialstaatlichen Abbaus. Genauso sollten wir uns gegen einen zu frühen wirtschaftlich begründeten »Exit« aussprechen, der (auch nach Aussagen des RKI)<sup>30</sup> die Gefahr einer zweiten Erkrankungswelle mit sich bringt.

### **Was hat das alles mit der Umweltbewegung zu tun? Die Frage der Finanzierung.**

Dass Profite vor die Bedürfnisse der Menschen gestellt werden, ist schon vor Corona das Kernproblem im Kampf gegen die Klimakrise gewesen und zeigt sich nun, in Corona-Zeiten, noch einmal besonders deutlich. In den Medien wird seit einiger Zeit die Frage diskutiert, die unsere Zukunft mitentscheiden wird: Wer kommt für die Kosten der Corona-Krise auf? Die Wirtschaftskrise wird kommen und sie wird alles bisher Bekannte übertreffen.<sup>31</sup> EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni spricht dabei von einem "wirtschaftlichen Schock, der seit der Großen Depression ohne Beispiel ist."<sup>32</sup> Erholung und Wiederaufbau in Europa würden unter hohen Risiken gut fünf Jahre dauern.<sup>33</sup> Die Rechnung für die nahende Wirtschaftskrise wird schon geschrieben – von den Herrschenden in Politik und Wirtschaft.<sup>34</sup> Bereits jetzt zeigt sich die Gefahr, dass die gigantischen Beträge, die zur Zeit in Rettungspakete und Kurzarbeit fließen, auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Der Wirtschaftsrat der CDU fordert »alle Sonderbelastungen auf den Prüfstand zu stellen«, wozu auch Klimavorgaben gehören. Konservative und Liberale fordern Einsparungen im sozialen Bereich und im Klimaschutz zugunsten der deutschen Wirtschaft. Der Sprecher des Wirtschaftsrats der CDU warnt: Durch einen Sonderweg in der Klima- und Energiepolitik drohe Deutschland eine »Deindustrialisierung«. Er plädierte zudem für eine »zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben« auf EU-Ebene.<sup>35</sup> Politiker\*innen, Konzernchefs und Lobbyist\*innen fordern nun, der Automobilindustrie als einer der Hauptzweige der deutschen Wirtschaft mit Steuermitteln unter die Arme zu greifen. Der Verband der deutschen Automobilindustrie (VDA) fordert unter anderem Kaufprämien für Diesel- und Benzinfahrzeuge – ein mehr als dreister, doch voraussichtlich erfolgreicher Versuch, die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abzuwälzen und die ohnehin mehr als dürftigen Klimaschutzmaßnahmen wieder über Bord zu werfen.<sup>36</sup> Dabei ist genug Geld da: Während über Einsparungen

im sozialen Bereich und im Klimaschutz diskutiert wird, kauft Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer 45 US-Kampffjets in Milliardenhöhe.<sup>37</sup> Dazu kommen Ausgaben in Höhe von fünf Milliarden Euro für neue Kampfschiffe.<sup>38</sup>

Gleichzeitig hat die Bundesregierung im ersten Quartal 2020 mehr Rüstungsexporte genehmigt als im Jahr zuvor – und das in Zeiten der Corona-Krise, in der die UN zum weltweiten Waffenstillstand aufruft, um die COVID-19-Pandemie zu bekämpfen.<sup>39</sup> Wieder gehen wirtschaftliche Interessen vor und es werden selbst jetzt noch Waffen in Krisengebiete geliefert.

## **Corona und wir**

Dass unsere Antwort auf die kommende Wirtschaftskrise eine andere als die des Staates und insbesondere der regierenden Parteien sein muss, versteht sich von selbst. Es darf keine Einsparungen im sozialen Bereich und im Klimaschutz geben. Gerade die Krise hat gezeigt, dass wir in Bereichen wie der Pflege, des Gesundheitswesens, der Bildung usw. nicht sparen dürfen. Unsere Forderungen sollten sein: Entprivatisierung und Vergesellschaftung der lebensnotwendigen und sozialen Bereiche, die massive Besteuerung von Konzernen, eine angemessene Erbschaftssteuer sowie allgemein eine radikale Umverteilung von materiellem Reichtum in unserer Gesellschaft, einhergehend mit der radikalen Veränderung unseres Wirtschaftssystems, das vor allem für das Ausmaß der Krise auf nationaler und globaler Ebene verantwortlich ist. Krisen treffen die Ärmsten am stärksten. Wir müssen dafür kämpfen, dass es in Zukunft keine Amut mehr gibt.

Zugleich ist auch die Corona-Krise Folge einer tiefgreifenden ökologischen Krise.<sup>40</sup> »Mit zunehmender Naturzerstörung steigt das Risiko von Krankheitsausbrüchen bis hin zu Pandemien« ist sogar auf der Seite des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit nachzulesen.<sup>41</sup> Für uns als Umweltbewegung bedeutet das: Jetzt erst recht! Was die Krise gezeigt hat: Wir kämpfen alle den gleichen Kampf für eine Zukunft, in der die Bedürfnisse der Menschen wichtiger sind als Profite und wirtschaftliche Interessen einiger Weniger. Diesen Kampf müssen wir gemeinsam kämpfen, wenn wir eine Zukunft haben wollen und wenn die Corona-Krise die letzte Krise dieser Art sein soll.

Zur Zeit gibt es viele, die versuchen, der Krise etwas Positives abzugewinnen und hoffnungsvoll an der Vorstellung eines sozialeren, weniger materialistischen, von innen gewandelten Menschen in »Nach-Corona-Zeiten« festhalten.<sup>42</sup> Die gegenwärtigen Entwicklungen zeigen, dass sich diese Vorstellung nicht bewahrheiten wird; sie bleibt vielmehr eine zynische und privilegierte Haltung. Auch die Annahme, dass Pflanzen, Tiere und ganze Ökosysteme sich nun regenerieren könnten, ist ein Trugschluss. »Langfristige Verbesserungen erfordern nachhaltiges Handeln.«<sup>43</sup> Genauso scheinen die während des Lock-Downs deutlich gesunkenen CO<sub>2</sub>-Zahlen nur auf den ersten Blick eine positive Entwicklung aufzuzeigen. Tatsächlich haben sie kaum Auswirkungen auf das Klima und zeigen stattdessen, wie wenig der Klimawandel durch Konsumverzicht und Einschränkungen der Lebensqualität aufgehalten werden kann.<sup>44</sup> »... um den Klimawandel zu bekämpfen, braucht es einen Umbau der Wirtschaft, nicht ihre Stilllegung.«<sup>45</sup> Um den gegenwärtigen Krisen angemessen begegnen zu können, müssen wir zwar hoffnungsvoll, aber auch objektiv bleiben und uns an den real existierenden Verhältnissen orientieren.

## **Was macht die Krise mit uns als Students for Future Hannover?**

Vor einiger Zeit haben wir für uns als Gruppe in Hannover eine Vielzahl an Zielen und Etappenzielen definiert, die Motive unserer politischen Arbeit sind. Im Fokus stand und steht für uns immer noch die Ausweitung der Bewegung auf eine wirkliche Mehrheitsbewegung, um das Ziel der Abwendung der Klimakrise und globaler Klimagerechtigkeit erreichen zu können. Im Gegensatz zum Staat und wirtschaftlichen Akteur\*innen verfügen wir als von unten getragene Bewegung aus ehrenamtlich engagierten Menschen über nur wenig finanzielle Mittel, zeitliche Kapazitäten und politische Macht. Wir leisten an vielen Stellen gute und wichtige politische Arbeit, unter anderem, indem wir in Kontakt mit Wissenschaftler\*innen stehen, Gegenöffentlichkeit schaffen, direkt in Gremien von Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen mitwirken und Kontakte in die Politik halten und ausbauen. Aber unsere größte und wichtigste Stärke ist, dass wir viele sind und dass wir zeigen, dass wir viele sind, um so unseren politischen Forderungen und unserer politischen Arbeit eine demokratische Basis zu geben und ihr Ausdruck zu verleihen. Der Aufbau einer Mehrheitsbewegung ist in Corona-Zeiten eine noch größere Herausforderung als es vorher der Fall war. Andere Ziele sind gerade jetzt notwendig und wichtiger denn je und können uns neue Möglichkeiten eröffnen. Dazu gehört die Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Akteur\*innen und das Verbinden von Kämpfen, das Mitdenken der sozialen Frage, die nachhaltige Gestaltung unserer politischen Arbeit, das Reflektieren von Privilegien und daraus resultierendes Handeln, Weiterbildung und Schaffung eines kritischen Bewusstseins und die Analyse von Machtstrukturen, um diese von Grund auf in Frage stellen zu können.

Gerade jetzt ist es schwierig – und es wird für eine lange Zeit schwierig bleiben – den Kampf gegen die Klimakrise aufrecht zu erhalten, ohne verschiedene Krisen gegeneinander auszuspielen. Die Lebensrealität vieler Menschen hat sich in den letzten Wochen und Monaten drastisch verändert. Innerhalb unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das auf Lohnabhängigkeit basiert, sind viele Menschen einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen ausgesetzt oder müssen um ihre Existenz fürchten. Diese Veränderung der Lebensrealität macht es mehr als verständlich, dass für viele die Gefahr der Klimakrise in weite Ferne gerückt ist und Gedanken zur eigenen Existenzsicherung und zum persönlichen Umgang mit der Krise im Fokus des Denkens und individuellen Handelns stehen.

Für uns als Aktivist\*innen bei Students for Future Hannover bedeutet die Krise vor allem, dass wir uns nicht mehr treffen können, dass wir nur kleine Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen unter Einhaltung der Hygiene-Richtlinien organisieren können. Zusätzlich bringt die Krise eine starke psychische Belastung mit sich, mit der wir individuell verschieden umgehen und umgehen müssen. Während wir vorher starke Ortsgruppen waren, die wöchentlich kollektive Erfahrungen miteinander geteilt haben, sind wir nun – wenn auch mehr subjektiv als objektiv – vereinzelt und voneinander isoliert.

Aber: Es gibt eine Vielzahl an Möglichkeiten diese Vereinzelung zu überwinden und Perspektiven zu schaffen. Die Krise hat viele Widersprüche in unserer Gesellschaft deutlich werden lassen. Darauf können wir aufbauen und uns an bereits bestehenden Formen des „neuen“ Protests außerhalb und innerhalb der Umweltbewegung orientieren.

## Perspektiven außerhalb der Umweltbewegung

Wie zu Beginn erwähnt schränkt die Krise im politischen Feld nicht nur uns als Umweltbewegung, sondern nahezu alle aktionistischen Akteur\*innen ein, die sich ehren- oder hauptamtlich für eine progressive soziale, ökologische und klimagerechte Veränderung unserer Gesellschaft einsetzen. Dazu gehören eine Vielzahl an politischen Gruppen, emanzipatorische Bewegungen, gewerkschaftliche Akteur\*innen u. v. m. Gerade jetzt, in Zeiten der Krise, in der es neuer, vielleicht noch nie da gewesener Aktionsformen bedarf, müssen wir voneinander lernen und zusammenstehen. Ansätze, wie man trotz Krise Politik machen und die Vereinzelung, der wir uns momentan ausgesetzt sehen, durchbrechen kann, gibt es überall.

- In Israel haben sich am 19.04. mehrere tausend Demonstrant\*innen unter Einhaltung der Abstandsregelungen und mit Mundschutz ausgestattet auf dem Yitzhak-Rabin-Platz in Tel Aviv versammelt, um gegen die Notregierung von Ministerpräsident Netanjahu und Benny Gantz zu protestieren.<sup>46</sup>
- In den USA kam es mehrmals zu Streiks von Beschäftigten bei Amazon, die gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und unzureichenden Gesundheitsschutz protestiert haben. Am 1. Mai haben Beschäftigte der Unternehmen Amazon, Instacart und Target ihre Arbeit niedergelegt.
- In Gefängnissen weltweit (u.a. in Süd- und Lateinamerika, Europa und im Nahen Osten) gab es seit Beginn der Corona-Krise Aufstände von Gefangenen und Angehörigen gegen unzureichenden Gesundheitsschutz, Isolation und durchgesetzte Besuchsverbote für Angehörige.<sup>48 49 50</sup>
- In einem Mercedes-Werk in Spanien haben Arbeiter\*innen einen achttägigen Streik mit mehr als 5.000 Beschäftigten organisiert, da das Werk trotz Gesundheitsrisiko nicht geschlossen werden sollte und Verhandlungen des Betriebsrats mit der Unternehmensleitung erfolglos geblieben sind. Als das Werk daraufhin geschlossen wurde, hat der Streik der Beschäftigten eine Welle an weiteren Streiks in Spanien, Italien und den USA ausgelöst.<sup>51</sup>
- Obwohl die Organisierung der Beschäftigten momentan nur sehr eingeschränkt möglich ist, haben es Beschäftigte in den großen Berliner Krankenhäusern Charité und Vivantes geschafft, ihre Vereinzelung zu überwinden und im Rahmen einer großen Organizing-Kampagne Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege aufzustellen und fast 5.000 Beschäftigte dahinter zu versammeln. Die zu großen Teilen über Telefon-Organizing gelaufene Kampagne war sehr erfolgreich und hatte Videokonferenzen mit Abgeordneten in Berlin zur Folge. Dabei gelten die Forderungen nicht nur für das Pflegepersonal, sondern für alle Angestellten in den betreffenden Krankenhäusern und gehen über momentane Verbesserungen hinaus.<sup>52</sup>
- Am 18. Mai sind etwa 20.000 britische Lehrerinnen und Lehrer dem Aufruf der National Education Union (NEU) gefolgt und haben am bis zu diesem Zeitpunkt größten Online-Gewerkschaftstreffen Großbritanniens teilgenommen, um gegen die vorschnelle Öffnung der Schulen und für bessere Sicherheitsmaßnahmen zu protestieren.<sup>53 54</sup> Die internationale Arbeitsgruppe »The Left Berlin« schreibt hierzu: »...a very good sign of how we can continue to resist and to build for a better future.«<sup>55</sup>
- Vor einigen Tagen hat in Brüssel die Belegschaft eines Krankenhauses ihrem Unmut über die Arbeitsbedingungen in Corona-Zeiten Ausdruck verliehen, indem etwa 100 Ärzt\*innen sowie Pflege- und Reinigungskräfte die belgische Premierministerin Wilmès mit zugekehrtem Rücken empfangen haben.<sup>56</sup>



Natürlich unterscheiden sich die angeführten Beispiele von den Bedingungen, die wir als Klimagerechtigkeitsbewegung vorfinden und lassen sich nur bedingt auf unsere politische Praxis übertragen. Trotzdem können wir viel von diesen erfolgreichen Beispielen lernen. Sie zeigen uns, dass es selbst in Zeiten von Corona möglich ist, als Menschen zusammen zu kommen, sich zu organisieren, Forderungen aufzustellen und gemeinsam Druck auf die Politik auszuüben. Sie zeigen, wie Menschen ihre Ohnmacht überwinden und sich organisieren, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Als Basis-Bewegung müssen wir weiter an unserem Ziel der Mehrheitsbewegung festhalten und können uns an erfolgreichen Beispielen wie den hier Genannten orientieren. Nur so können wir unsere Ohnmacht überwinden und die Politik des Staates und der Wirtschaft wirklich in Frage stellen. Auch wenn unsere Möglichkeiten zur Zeit eingeschränkt sind, müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen und dürfen nicht den Kopf in den Sand stecken. Die Kontaktsperre wird nicht ewig dauern. Auch darauf müssen wir vorbereitet sein.

## **Perspektiven in der Umweltbewegung**

### **Wie können wir unsere Vereinzelung überwinden?**

Beispiele für das Durchbrechen unserer Vereinzelung und Selbstorganisation finden sich natürlich nicht nur in den Betrieben und politischen Initiativen außerhalb der Umweltbewegung, sondern auch bei uns selbst.

- Der erste wichtige Schritt dazu war die Umstellung von »real-life-Treffen« zu Videokonferenzen und die Online-Fortführung der Gruppen- und Arbeitskreisplena. Jedes Treffen, in dem wir uns austauschen, diskutieren und planen, wirkt der Vereinzelung entgegen. Es ist wichtig, dass es weitergeht und wir nicht in den »Ich-kann-ja-gerade-eh-nicht-viel-machen-Modus« verfallen. Es gibt genug zu tun und genug inhaltliche Fragen, über die wir uns austauschen können. Darüber hinaus haben viele nun auch die Zeit, sich auf persönlicherer Ebene kennenzulernen und auszutauschen.
- Der große globale Netzstreik am 24.04. ist nur wenige Wochen her. Deutschlandweit haben mehr als 87.000 Menschen an den bundesweit und dezentral organisierten Livestreams teilgenommen. Tausende haben Schilder gemalt, Fotos gemacht und online veröffentlicht. Natürlich ersetzt diese Form des Online-Aktivismus keine Demonstrationen und bietet kaum kollektive (Selbst-)Erfahrung, die essentiell für unsere politische Arbeit ist. In einer Krise wie dieser brauchen wir aber Aktionsformen wie den Netzstreik, um handlungsfähig und motiviert zu bleiben und die Vereinzelung, in der wir uns befinden, zu durchbrechen. Sie hält uns zusammen und zeigt, dass wir immer noch viele sind und gemeinsam weiterkämpfen.
- Viele Ortsgruppen organisieren zur Zeit Onlineseminare und -vorträge, um die Vereinzelung zu überwinden, sich weiterzubilden und sich (auch organisatorisches) Wissen anzueignen. Students for Future Hildesheim hat für das neue Semester eine öffentliche Ringvorlesung unter dem Titel »Klima und Gesellschaft« organisiert, für die Studierende Credit-Points bekommen können. Innerhalb kürzester Zeit haben sich mehr als 400 Studierende für diese Veranstaltungsreihe angemeldet; an der ersten Vorlesung haben mehr als 200 Menschen teilgenommen.<sup>57</sup> Auch die Students for Future Gruppe in Leipzig hat eine Webinar-Reihe zum Thema ÖPNV mit mehr als 100 Teilnehmenden organisiert, u. a. um die anstehende Tarifikampagne TV2020 vorzubereiten und sich mit den Beschäftigten zu solidarisieren.<sup>58</sup> Wie man an den Beispielen in Hildesheim und Leipzig sehen kann, lohnt es sich auch online aktiv zu werden, auch wenn es bereits ein breites Angebot an Online-Veranstaltungen und Webinaren zu geben scheint. Dabei kann spezifisch auf bestimmte Zielgruppen insbesondere an der Universität und in den Schulen eingegangen werden. Die Krise macht eine Ausweitung unserer Kenntnisse im Bereich social media und Online-Aktivismus notwendig und ermöglicht uns

das Vertiefen und Verinnerlichen von entsprechenden Strategien, die wir auch in Zukunft anwenden können.

- Gerade jetzt sind Weiterbildungsangebote, Formate wie Lesekreise, Webinare, Vorträge, etc. essentiell, um zu verstehen, was gerade in der Welt passiert und wie wir als Bewegung darauf reagieren können und sollten. Nur so können wir die Gelegenheiten erkennen, die sich uns bieten und sie für unseren Kampf gegen den unsozialen und klimaschädlichen Umgang mit der Corona-Krise und der kommenden Wirtschaftskrise nutzen.

- Für die Students for Future Gruppen kann das von tausenden Studierenden und ASten eingeforderte »Solidarsemester«<sup>59</sup> eine Möglichkeit sein, Studierende »abzuholen«, Interessen an der Universität zu artikulieren und verschiedene Kämpfe miteinander zu verbinden. Eine Solidarisierung mit den bildungspolitischen Forderungen der Studierenden kann hier ein erster Schritt sein.

Auch für viele Studierende hat die Krise tiefgreifende Auswirkungen. Viele müssen arbeiten gehen, um ihr Studium finanzieren zu können. Wenn ihr Einkommen wegfällt, haben sie meist keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld und müssen Kredite aufnehmen, um Miete und Studium bezahlen zu können.<sup>60</sup> Einige Studierende müssen ihre Wohnung untervermieten und zurück zu den Eltern ziehen, um Miete und Lebensunterhalt bezahlen zu können. Dabei sind »ausländische« Studierende finanziell noch einmal stärker betroffen. Das nun größtenteils Online gestaltete Semester stellt alle Studierende vor große Herausforderungen. Der Lehrplan ist umgestellt, oft gibt es technische Probleme, die Nutzung von Bibliotheken und auch die Lehre sind stark eingeschränkt, Entwicklungen um BAföG und Prüfungen sind unklar und schaffen Unsicherheit. Die Forderungen im Rahmen des Solidarsemesters nehmen sich genau dieser Situation an; sie sollten von den Students for Future Gruppen sowie individuell mitgetragen werden.

- Die TVN2020-Kampagne<sup>61</sup> im Öffentlichen Nahverkehr ist immer noch eins der zentralen Themen, der sich Ortsgruppen in ganz Deutschland annehmen. Die Kampagne ist vorerst auf Eis gelegt; auf lokaler und Bundesebene wird aber bereits seit längerem über mögliche Strategien und eine Planung der Tarifaueinandersetzung diskutiert. In vielen Städten gibt es intensive Vernetzungs- und Solidarisierungsprojekte und es ist nur eine Frage der Zeit bis die »heiße Phase« beginnt und wir in die öffentliche Kampagne starten können. Darauf sollten wir uns vorbereiten, die lokale Vernetzung vorantreiben, uns in den vorhandenen Bundesarbeitsgruppen austauschen und erste Schritte einer konkreten Planung gehen. Im Gegensatz zu den Beschäftigten haben wir als Bewegung die Möglichkeit, Druck auf die Politik auszuüben. Wir müssen gemeinsam kämpfen, wenn eine sozial-ökologische Verkehrswende gelingen soll.

- Über Bildungsangebote und Onlineaktivismus hinaus haben gerade die letzten Tage einen Wandel in verschiedenen Formen des Protests auf der Straße gezeigt. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind Versammlungen unter bestimmten Bedingungen wieder erlaubt.<sup>62</sup> Am 1. Mai hat es in unzähligen Städten bundesweit auch von Seiten der Klimagerechtigkeitsbewegung Aktionen zur Solidarisierung mit Beschäftigten vor allem in der Pflege und im öffentlichen Nahverkehr gegeben. Auch die Seebrückenbewegung hat in den letzten Tagen und Wochen zahlreiche Aktionen zur Aufnahme von Geflüchteten und gegen die menschenunwürdigen Verhältnisse an den europäischen Außengrenzen organisiert und in vielen Städten finden Gegendemonstrationen zu Demos von »Corona-Skeptikern« statt. Unser Recht auf Versammlungsfreiheit bleibt nach wie vor eingeschränkt – aber gerade jetzt müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten des Protests auf der Straße nutzen und kreative Aktionsformen entwickeln, um auch weiterhin kollektive Erfahrungen sammeln zu können und Präsenz zu zeigen. Den Platz auf der Straße dürfen wir nicht der Polizei und den Rechten überlassen - gerade jetzt bei der steigenden Zahl an Demonstrationen von »Corona-Skeptikern« und Verschwörungstheoretiker\*innen bundesweit.

Die Corona-Krise hat gezeigt: Mehr denn je können wir heute unserer Forderung nach Klimagerechtigkeit nur Nachdruck verleihen und eine wirkliche Mehrheitsbewegung aufbauen, wenn wir es schaffen, Kämpfe zu verbinden und gemeinsam für eine lebenswerte Welt zu kämpfen. Nur wenn wir gemeinsam kämpfen, die soziale Frage stellen und die unterschiedlichen Lebensrealitäten vieler Menschen mitdenken, können wir unsere Forderung nach Klimagerechtigkeit auch wirklich durchsetzen. Konkret bedeutet das, dass wir uns mit Beschäftigten in der Pflege, in den Krankenhäusern, im ÖPNV u. s. w. solidarisieren und gemeinsam dafür kämpfen, dass weder wir als Menschen, noch der Klimaschutz die Leidtragenden der Corona-Krise und ihrer Folgen sind. Die Krise hat deutlich gezeigt, dass wirtschaftliche Interessen vor den Bedürfnissen der Menschen stehen. Genau das zu ändern, verbindet die verschiedensten Kämpfe unserer Zeit.

Es gibt eine Vielzahl an Beispielen und Perspektiven, an denen wir uns orientieren und auf deren Grundlage wir eine eigene Praxis für uns als Students for Future Hannover entwickeln können. In der Wirtschaftskrise von 2008 wurden linke Beobachter\*innen nicht müde, darauf hinzuweisen: Die zwei chinesischen Symbole für das Wort »Krise« bedeuten ins Deutsche übersetzt »Gefahr« und »Chance«. <sup>63</sup> Als Aktivist\*innen sollten wir beides erkennen und die Chancen nutzen, die wir als Bewegung haben, um die Klimakrise noch aufhalten zu können. Den Umgang mit den Krisen unserer Zeit dürfen wir nicht den Herrschenden überlassen. Was uns Menschen betrifft, müssen wir Menschen entscheiden – demokratisch und gemeinsam. Deshalb kämpfen wir weiter. ●

- 1 <https://www.wwf.de/aktuell/corona-notspende/corona-virus-wie-uns-artenschutz-vor-krankheiten-schuetzen-kann/>
- 2 <https://www.presseportal.de/pm/55647/4555267>
- 3 <https://albert-schweitzer-stiftung.de/aktuell/tierproduktkonsum-pandemien>
- 4 [https://www.rki.de/EN/Content/Health\\_Monitoring/Health\\_Reporting/GBEDownloadsT/infektionskrankheiten.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/EN/Content/Health_Monitoring/Health_Reporting/GBEDownloadsT/infektionskrankheiten.pdf?__blob=publicationFile)
- 5 <https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2018-08/krankheitserreger-epidemien-kongo-ebola-anfaelligkeit-anthropozoen-ausbruch>
- 6 Austeritätspolitik = Sparpolitik, s.: <https://www.bpb.de/dialog/europawahlblog-2014/182587/austeritaetspolitik-sparen-um-jeden-preis>
- 7 [https://www.t-online.de/region/hamburg/news/id\\_87376962/spahn-mehr-mut-bei-debatte-um-krankenhaus-schliessungen.html](https://www.t-online.de/region/hamburg/news/id_87376962/spahn-mehr-mut-bei-debatte-um-krankenhaus-schliessungen.html)
- 8 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/austeritaet-ist-toedlich>
- 9 <https://www.tagesschau.de/inland/pflegenotstand-101.html>
- 10 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-pflegenotstand-als-groesste-baustelle-des-justizministers-a-1303501.html>
- 11 <https://www.tagesschau.de/ausland/textilien-bangladesch-101.html>
- 12 <https://ips-dc.org/wp-content/uploads/2020/04/Billionaire-Bonanza-2020.pdf>
- 13 <https://jacobin.de/artikel/whole-foods-amazon-uberwachung-heat-map/>
- 14 <https://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2020-01/amazon-klimapolitik-mitarbeiter-online-protest-drohung-kuendigung>
- 15 <https://ips-dc.org/wp-content/uploads/2020/04/Billionaire-Bonanza-2020.pdf>
- 16 <https://www.zeit.de/2020/16/wirtschaftskrise-coronavirus-unternehmen-staatshilfe-insolvenz>
- 17 [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Karstadt-Kaufhof-Welche-Filialen-bleiben.karstadtkaufhof116.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Karstadt-Kaufhof-Welche-Filialen-bleiben.karstadtkaufhof116.html)
- 18 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1135123.corona-stunde-des-wir.html>
- 19 <https://taz.de/Anwalt-ueber-Versammlungsrecht-und-Corona!/5677243/>
- 20 [https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Trotz-Corona-Kontaktverbot-Demo-in-Hannover.aktuellhannover5232.html](https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Trotz-Corona-Kontaktverbot-Demo-in-Hannover.aktuellhannover5232.html)
- 21 <https://www.haz.de/Mehr/Videos/Hannover>
- 22 <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/das-arbeitszeitgesetz-wird-gelockert-laenger-arbeiten-in-der-krise/25723938.html>
- 23 <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-kurzarbeit-mehrwertsteuer-1.4885782>
- 24 <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundestagspraesident-zur-corona-krise-schaeuble-will-dem-schutz-des-lebens-nicht-alles-unterordnen/25770466.html>
- 25 <https://www.tagesschau.de/inland/gruene-palmer-unterstuetzung-101.html>
- 26 <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/im-laender-vergleich-liegt-deutschland-sehr-weit-vorn-a-ebae15df-eca1-4daf-ae5b-8efcad11ee28>
- 27 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaft-deutschland-corona-101.html>
- 28 <https://www.tagesschau.de/inland/masken-produktion-deutschland-101.html>
- 29 <https://www.quarks.de/gesellschaft/wissenschaft/was-man-ueber-schutzmasken-in-zeiten-von-corona-wissen-muss/#maske7>
- 30 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/112139/RKI-Kein-Ende-der-Epidemie-in-Sicht-Fallzahlen-koennen-wieder-steigen>
- 31 <https://spectrejournal.com/the-virus-capitalism-and-the-long-depression/>
- 32 <https://www.fr.de/wirtschaft/corona-krise-wirtschaft-konjunktur-rezession-deutschland-frankreich-italien-zr-13589715.html>
- 33 <https://www.fr.de/wirtschaft/corona-krise-wirtschaft-konjunktur-rezession-deutschland-frankreich-italien-zr-13589715.html>
- 34 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1135123.corona-stunde-des-wir.html>
- 35 <https://www.welt.de/politik/deutschland/articlehttps://duckduckgo.com/html/e207201765/Corona-Krise-CDU-Streit-um-Einhaltung-der-Klimaziele.html>
- 36 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/autoindustrie-kaufpraemie-103.html>
- 37 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehr-annegret-kramp-karrenbauer-sagt-washington-kauf-von-us-kampjets-zu-a-c1b5f289-c6f0-4899-813f-f203e840ec92>
- 38 [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_87884048/deutschland-investiert-fuenf-milliarden-in-kampfschiffe-der-marine.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_87884048/deutschland-investiert-fuenf-milliarden-in-kampfschiffe-der-marine.html)
- 39 <https://www.kreiszeitung.de/politik/deutsche-ruestungsexporte-2020-bundesregierung-bewilligung-zr-13647511.html>
- 40 <https://www.wwf.de/aktuell/corona-notspende/corona-virus-wie-uns-artenschutz-vor-krankheiten-schuetzen-kann/>
- 41 <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risiko-kuenftiger-seuchen-verringern/>
- 42 <https://www.horx.com/48-die-welt-nach-corona/>

- 43 <https://bnn.de/lokales/gaggenau/corona-krise-atempause-fuer-die-natur>
- 44 <https://www.nzz.ch/international/das-coronavirus-stoppt-den-klimawandel-nicht-ld.1553304>
- 45 <https://www.nzz.ch/international/das-coronavirus-stoppt-den-klimawandel-nicht-ld.1553304>
- 46 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/proteste-tel-aviv-notregierung-israel>
- 48 <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/iran-gefaengnis-aufstaende-im-iran-sicherheitskraefte-toeten-36-menschen>
- 49 <https://amerika21.de/2020/03/238429/corona-gefaengnis-kolumbien>
- 50 <https://www.morgenpost.de/vermischtes/article228657221/Coronavirus-in-Italien-Gefaengnisrevolte-mit-sechs-Toten.html>
- 51 <https://diefreiheitsliebe.de/politik/spanien-5000-beschaefigte-bei-mercedes-streiken-wegen-corona/>
- 52 <https://www.morgenpost.de/berlin/article228886297/Mehr-als-4500-Klinik-Beschaefigte-fordern-mehr-Geld.html>
- 53 <https://twitter.com/neunion/status/1262448591588728834>
- 54 <https://neu.org.uk/coronavirus>
- 55 <https://www.theleftberlin.com/post/english-schools-reopening-teachers-get-militant>
- 56 [https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-belegschaft-von-bruesseler-krankenhaus-kehrt.1939.de.html?dm:news\\_id=1131620](https://www.deutschlandfunk.de/covid-19-belegschaft-von-bruesseler-krankenhaus-kehrt.1939.de.html?dm:news_id=1131620)
- 57 <https://www.facebook.com/studentsforfuturehildesheim/>
- 58 <https://www.facebook.com/studentsforfutureleipzig/>
- 59 <https://solidarsemester.de/>
- 60 <https://www.sueddeutsche.de/bildung/studenten-karliczek-uni-studienkredit-1.4912202>
- 61 <https://tvn2020.de/>
- 62 <https://taz.de/Anwalt-ueber-Versammlungsrecht-und-Corona!/5677243/>
- 63 <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1135123.corona-stunde-des-wir.html>